

Vor- und Nachdenken!

Tödliche Denkfaulheit

Da noch niemand von den heute Lebenden je so etwas durchgemacht hat, wie die Krise, die der Corona-Virus auslöste, ist es sehr wahrscheinlich, dass niemand alles richtig macht und keine Fehler passieren. Das heißt aber nicht, dass Leute den Mund aufmachen sollten, ehe sie sich gründlich informiert und nachgedacht haben. Auch dann wird es noch Fehler und Unsinn geben, aber wenigsten nicht ganz so viel.

Da Fehler gemacht werden, muss man auch darüber reden und versuchen entweder die Fehler abzustellen, oder daraus wenigstens für die nächste Krise zu lernen. So lange man über den Virus ein paar wichtige Dinge nicht sicher weiß, bleibt nichts anderes übrig, als vorsichtig zu sein, im eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Mitmenschen. Und das so lange, bis ein Medikament, oder ein Impfstoff gefunden ist, mit dem man den Virus in Schach halten kann. Ob man ihn völlig besiegen kann, ist fraglich, wie die Erfahrungen mit anderen Krankheiten zeigen, die man fast ausgerottet meinte und die dann doch wieder auftauchten.

Um mögliche Fehler zu erkennen und bessere Lösungen zu finden, muss man nachdenken. Das heißt man schaut sich an, was geschehen ist und wie man gehandelt hat und was dabei heraus gekommen ist. Wobei das Ergebnis keine Fehler rechtfertigt, auch, wenn sie zufällig die gewünschte Wirkung zeigten. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

Wenn beispielsweise die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam eine Linie erarbeiten und sich darauf einigen, dann ist es nicht hilfreich, wenn einige Ministerpräsidenten (mit Profilneurose?) kurz darauf etwas ganz anderes machen, als man kurz zuvor besprochen und vereinbart hat. Diese Leute sind es, die die Bevölkerung in zusätzliche Unsicherheit stürzen, die man in einer Krise überhaupt nicht gebrauchen kann. Das mag juristisch zulässig sein (Länderhoheit), aber menschlich und politisch ist das Gift. Das hätten die Betroffenen aber mit etwas Nachdenken auch selbst erkennen können, vor allem, wenn sie die Folgen ihre Tuns vorher bedacht hätten, also durch „Vor-Denken“.

Noch dümmer und verantwortungsloser sind jene Lobbyisten und Politiker, die von den Regierenden einen festen Fahrplan mit fixen Terminen fordern. Selbstverständlich wäre es für die meisten Menschen schön, wenn sie wüssten, dass sie dies oder das ab einem bestimmten Termin tun könnten. Das ist keine Frage. Aber wieder hülfe etwas Vor- und Nach-Denken um zu erkennen, dass einerseits der Virus sich nicht nach unseren Wünschen richten wird und andererseits – nach den bisherigen Erfahrungen – die Menschen selbst erheblichen Einfluss auf die Verbreitung des Virus nehmen können.

Wenn dann bei Demonstrationen verkündet wird, man werde ja sehen, dass bald eine zweite Infektionswelle rollen werde, sich selbst und andere aber dabei nicht durch Abstand und Maske

schützt, dann sorgt man durch das eigene Verhalten dafür, dass die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Welle zunimmt. Das ist kein Hellsehen, sondern grobe Rücksichtslosigkeit zu Lasten anderer, die dadurch zu Schaden kommen können.

Wenn aber der weitere Verlauf der Epidemie vom Verhalten der Menschen abhängig ist, wie sollen dann die Regierenden feste Termine nennen können? Sie können den Verlauf ja nur durch Mahnen und Einschränkungen beschließen oder lockern beeinflussen. Insofern darf man wohl alle jene, die als Politiker feste Termine fordern, als Populisten bezeichnen, da sie etwas fordern, dass sie selbst ebenfalls nicht bieten könnten.

Wenn solcher Unfug sogar von Mitgliedern einer Regierungspartei kommt, fragt man sich, ob diese Leute zum Vor- und Nach-Denken überhaupt fähig sind, oder ob es ihnen nicht weniger um die Gesundheit der Menschen, als um Wahlkampf oder Macht geht. Laut StZ hat der Baden-Württembergische Chef der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Reinhart, erklärt:

„Gesundheitsschutz ist uns das höchste und wichtigste Anliegen. Aber gleichzeitig muss auch die Gesundheit der Wirtschaft weiterhin sichergestellt werden.“ Er sieht also in der Wirtschaft einen lebendigen Organismus, der ähnlich den Menschen ein Recht auf Gesundheit habe. Wozu dieser Organismus, wenn es ihn den gäbe, gesund sein müsse, erklärt er nicht. Es geht heute in der Wirtschaft leider nicht mehr darum, den Mitbürgern zu dienen, sondern eher Geld für sich selbst (Boni), oder die Aktionäre zu erwirtschaften. Wenn man aber als Christliche Partei das Geld für so wichtig erachtet, wie die Gesundheit der Mitbürger, dann muss man sich fragen lassen, ob man nie in der Bibel vom „Tanz um's goldene Kalb“ gelesen hat.

Dass die Großindustrie mit Spenden die Parteien unterstützt, mag dabei auch eine Rolle spielen. Aber wenn alle Firmen im DAX (**D**eutschen **A**ktien**i**nd**e**x) Tochterfirmen in Steueroasen haben, die Deutsche Bank sogar 47, dann ist nicht einzusehen, dass diese Firmen mit Staatsgeldern gestützt werden, nachdem sie zuvor viel Mühe darauf verwandten dem Staat möglichst wenig Steuern zu zahlen. Da müssen erst einmal eigene Mittel eingesetzt werden.

Was zudem untersucht werden müsste ist, ob es nicht in der Krise, die kleinen Leute waren, die für die Versorgung der Mitmenschen wichtig waren, selbst, wenn sie wie Pfleger, Krankenschwestern, Ärzte oder Lkw-Fahrer und Kassiererinnen dafür ein höheres Risiko in Kauf nahmen. Still gelegt wurden die riesigen Anlagen von Autobauern und anderen großen Produzenten. Offenbar sind sie in einer Krise lange nicht so wichtig, wie sie stets behaupten. Handwerker dagegen, die mit ihrem Werkzeug Reparaturen durchführen, die Fahrer von Bussen und Bahnen, sie ermöglichten das das Leben, trotz Einschränkungen, weiter gehen konnte und die Fahrt zur Arbeit auch ohne eigenes Auto, also grade für die kleinen Leute, möglich blieb.

Wenn aber die Kleinen Leute viel wichtiger sind, als Großindustrie, Banken, Versicherungen und internationalen Konzerne, dann sollte die Gesundheit der Kleinen Leute viel wichtiger sein, als die der Wirtschaft.

Natürlich verlieren Firmen Geld, wenn sie nicht produzieren können. Aber das verliert auch der Wirt von der Kneipe an der Ecke, zu dem niemand mehr kommen darf. Sein Lokal ist aber für das Viertel und den Austausch zwischen den Menschen im Viertel wichtiger, als ob man jetzt oder in einem Jahr ein neues Auto kauft. Und natürlich sind nicht die Firmen die Leidtragenden, sondern deren Mitarbeiter, egal, ob man ihnen kündigte, sie Kurzarbeiten müssen, oder ob bei

den nächsten Tarifverhandlungen weniger Lohnsteigerung erreichbar ist, weil die Firma statt Gewinnen Verluste machte.

Aber wieder geht es um Menschen nicht um Geld für Aktionäre und Führungskräfte. Arbeitsplatzverlust, weniger Geld in der Haushaltskasse oder geringere Lohnsteigerungen sind für die Betroffenen schlimm. Aber ein großer Teil von ihnen wird vom Staat und anderen Institutionen halbwegs aufgefangen (Kurzarbeitergeld, Arbeitslosen-Versicherung). Man wird aber prüfen müssen, wo diese Hilfen versagen und wo man für die Zukunft nachbessern muss.

Selbstverständlich wird es Firmen geben, die diese Krise nicht überstehen. Das war allerdings auch schon vor der Virus-Krise bekannt, dass einige Firmen auf sehr wackeligem Fundament standen und die Zahl der Pleiten steigen würde. Genau so war aber bekannt, dass ein Mangel an gut ausgebildeten Menschen, der Wirtschaft schaden werde. Egal, ob man an fehlende Lokführer denkt, oder an Krankenschwestern, Pfleger und andere wichtige Berufe.

Wer jetzt feste Termine fordert, ignoriert die Ungewissheit und die Unsicherheit, oder will sie nicht wahrhaben und macht sich dadurch unglaubwürdig und lächerlich. Wenn Lobbyisten dagegen sagen würden: „Es würde uns sehr helfen, wenn wir möglichst früh feste Termine bekommen würden“, dann wäre das zwar eine Selbstverständlichkeit und brächte wohl kaum eine Schlagzeile, aber es wäre ehrlich und redlich. Wer aber etwas fordert, das beim besten Willen niemand wissen kann, der ist ein Dummschwätzer, der nicht Vor- oder Nachdenken kann, oder will.

Dass manche Menschen in ihrer Unsicherheit und Angst auch noch das dümmste Gerücht als Strohalm ansehen, an den sie sich klammern, und ihre Ängste durch Demonstrationen zeigen ist menschlich verständlich, hilft aber niemand weiter. Auch Populisten wissen nicht, wie man am besten mit der Krise umgehen sollte. Man sieht das an den beiden blonden Führern in England und den USA. Dort sterben mehr Menschen, als bei vernünftigen Maßnahmen vermeidbar gewesen wäre. Dort zeigt sich, dass ein Mangel an Vor- und Nachdenken, an rechtzeitiger Information und Aufklärung und ein Verzicht auf Maßnahmen, die wenigstens ein klein wenig helfen (Distanz und Masken schützen Andere vor dem eigenen Speichel, falls man den Virus erwischt hat), anderen Menschen den Tod bringen kann.